

No. 318D

14.05.2008

BOFAXE



Myanmar-Medienkampagne kontraproduktiv: Spenden bleiben aus

Autor und Nachfragen

Dr. habil. Hans-Joachim Heintze

Geschäftsführer des
Instituts für
Friedenssicherungsrecht
und Humanitäres
Völkerrecht

Nachfragen:

Hans-Joachim.Heintze@rub.de

Unmittelbar nach dem Tsunami spendete die deutsche Bevölkerung gewaltige Summen zur Linderung des menschlichen Leids und für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. In scharfem Gegensatz dazu steht der Umstand, dass für die Menschen in Myanmar bislang kaum gespendet wurde. Dies könnte das Vorurteil bestärken, für die Tsunami-Opfer sei seinerzeit soviel gespendet worden, weil auch europäische Touristen betroffen gewesen seien. Dieser Eindruck ist aber falsch.

Vielmehr ist durch eine umfangreiche, auf wenige „harte“ Fakten zurückgreifende und höchst widersprüchliche Berichterstattung der Eindruck entstanden, die Hilfe komme nicht bei den Menschen an. Viel wurde über das Militärregime berichtet, das keine ausländischen Helfer im Lande akzeptieren will. Durch die Politik wurde diese Betrachtungsweise noch unterstützt. So forderten Frankreich und Deutschland eine Entschließung des Sicherheitsrates, die die burmesische Regierung zwingen soll, internationale Helfer ins Land zu lassen. Selbst Solana unterstrich, dies sei nach der UN-Charta ein möglicher Weg, um schnelle und gut organisierte Hilfe zu erzwingen.

On the Web

<http://www.ifhv.de>

Zweifellos hat der UN-Sicherheitsrat die juristische Möglichkeit, mit einer Resolution nach Kapitel VII der UN-Charta Zwangsmaßnahmen gegen Myanmar zu verhängen. Diese können sogar die Anwendung militärischer Gewalt zur Erzwingung humanitärer Hilfe einschließen. Der Sicherheitsrat hat dies im früheren Jugoslawien bereits einmal versucht – mit zweifelhaftem Erfolg. Zudem ist nicht nur der Erfolg der Anwendung militärischer Gewalt höchst fraglich, die Debatte krankt darüber hinaus an dem wohlbekannten Fakt, dass es im Sicherheitsrat der Zustimmung Russlands und Chinas bedürfte, um eine Resolution zu verabschieden. Da China aber die entscheidende Stütze der burmesischen Machthaber ist, handelt es sich hierbei wohl um politische Scheingefechte.

Focus

„Die burmesische Staatspresse machte am Dienstag noch einmal deutlich, dass ausländische Helfer im Land nicht erwünscht sind. Die Bedürfnisse der Überlebenden des Wirbelsturms seien erst einmal gestillt, sagte Vizeadmiral Soe Thein laut einem Bericht der Zeitung „Neues Licht von Burma“.... Die Verteilung der Hilfsgüter übernehme das Militär, sofern die Spender keine einheimischen Mitarbeiter im Land hätten, teilte die Junta mit.“ FAZ net vom 14.5.08

Die Fixierung der Debatte auf die Anwendung militärischer Gewalt und den Einsatz ausländischer Helfer lässt völlig außer Betracht, dass die großen internationalen Hilfsorganisationen seit Jahren in Burma hervorragende Arbeit leisten. Sie tun das vorrangig mit einheimischen Kräften, die Hilfsgüter im Lande erwerben oder eingeführte Materialien verteilen. Sie sind auch jetzt wieder aktiv, da internationale Helfer wegen der Restriktionen der Militärregierung nur in Rangun tätig werden können.

Der Einsatz lokaler Kräfte ist völlig im Einklang mit dem Konzept der humanitären Hilfe, freilich sollten dort internationale Helfer eingreifen, wo sie durch ihr Fachwissen unabkömmlich sind. Zu fordern ist deshalb sicher die Aufhebung von Restriktionen. Fraglich ist aber, ob dies durch großen Medienrummel erreicht werden kann, denn die Hilfsorganisationen haben mit der Anwendung der Grundprinzipien humanitärer Hilfe die besten Erfahrungen gemacht. Die Hilfe ist unabhängig, unpolitisch, neutral und unparteiisch und nur an den Interessen der Opfer orientiert. Diese stille Arbeit muss unterstützt werden, und zwar auch durch Spenden der Bevölkerung. Dafür sollten die Politik und die Medien werben.

Eine Berichterstattung und Politik, die darauf abzielt, die Katastrophe als ein Instrument des Regime-Change zu nutzen, widerspricht dem Konzept der humanitären Hilfe. Mit den Menschenrechtsverletzungen des burmesischen Militärregimes befasst sich seit langem der UN-Menschenrechtsrat. Empfehlenswert ist, dass dessen Aktivitäten konkretisiert und verschärft werden. Die Organisation und Durchführung humanitärer Hilfe eignet sich nicht als menschenrechtliches Kampfinstrument.

Verantwortung

Die BOFAXE werden vom Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum herausgegeben: IFHV, NA 02/33 Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum. Tel: 0049234/3227366, Fax: 0049234/3214208.

Die BOFAXE werden vom Deutschen Roten Kreuz unterstützt. **Für den Inhalt ist der jeweilige Verfasser allein verantwortlich.**